

heim (WSP) hat Sven Altenburg von der Prognos AG in der Reihe „Gewerbeimmobilien-Dialog“ am Montagabend im Innotec Entwicklungen analysiert und Lösungen aufgezeigt.

Das Thema „betrifft praktisch jeden“, sagte Wirtschaftsförderer Markus Epple. Egal, ob Amazon oder DHL: jeder nutze das Angebot solcher Firmen – mit der Konsequenz, dass es immer mehr Lieferverkehr gibt, speziell in Innenstädten. Über 50 Prozent der Belieferungsstopps werden sogenannten Kurrier-Express-Paket-Diensten (KEP) zugeordnet, also Firmen wie Hermes oder DHL, erklärte Altenburg. Das belastet den innerstädtischen Verkehr erheblich. Tendenz steigend. Schließlich boomt neben KEP auch der Online-Handel. 2019 werde beim Umsatz wohl erstmals die 60-Milliarden-Grenze überschritten. „Die Branche kennt nur eine Richtung: Ganz stark nach oben“, betonte Altenburg. Grund dafür sei vor allem das Kaufverhalten der Bürger: 3,5 Milliarden Sendungen seien 2018 über KEP ausgeliefert worden.

Zum Problem werde speziell in Innenstädten, dass keine zentrale Steuerung erfolgt: die Lieferungen werden zer-



LIEFERVERKEHR ALS ZUKUNFTSFRAGE thematisierten WSP-Direktor Oliver Reitz, Sven Altenburg und WSP-Wirtschaftsförderer Markus Epple (von links). Foto: Friedrich

splittert, erklärte Altenburg: Mehrere Päckchen für einen Kunden kämen selten mit einer Lieferung. Statt dessen führen verschiedene Lieferdienste vor. Erschwerend komme hinzu, dass „Lieferungen in den Personenverkehr zurückgelagert werden“. Altenburg meinte die Pakete in Abholstationen, die von Empfängern mit dem eigenen Pkw abgeholt werden. Auch das vergrößere den Lie-

ferverkehr. Wie es weiter gehen kann, zeigt ein Rechenbeispiel für Hamburg: Es wird bis 2030 nahezu eine Verdoppelung des innerstädtischen Lieferverkehrs erwarten. Da dieser Lieferverkehr aber auch „Lebensader für Städte“ ist, kann man ihn nicht mal eben aussperren. Was also tun?

Drei Optionen brachte Altenburg ins Gespräch: Einerseits könne man auf

den und ganer nur kurze Touren fahren können, müssten sie von kleineren Depots in Kundennähe unterstützt werden. Möglich sei auch, nicht die Fläche, sondern einzelne Punkte zu beliefern: Paketstationen seien da ebenso „eine clevere Idee“, wie eine Lieferung direkt zum Arbeitsplatz des Empfängers. Eine dritte Strategie könne die bereits früher erprobte „City-Logistik“ sein, bei der Lieferströme in kommunalen Depots gebündelt werden. Neue Technik und Handlungsdruck könnten solche Modelle heute attraktiv werden lassen.

In der Diskussion wurden weitere Alternativen angedacht; etwa ein unterirdisches Transportsystem oder eine Kopplung zwischen Ent- und Versorgung, wenn zum Beispiel Müllfahrzeuge nicht nur den Müll abholen, sondern auch Pakete ausliefern. „Auf dem Reißbrett gibt es diese Modelle“, bemerkte Altenburg. Durch den wachsenden Online-Handel werde letztlich der stationäre Einzelhandel „gekillt“, gab ein Besucher zu bedenken. Als problematisch wurde erachtet, dass Menschen aus dem ländlichen Raum zunehmend in Städte ziehen, was letztlich den Lieferverkehr weiter vergrößere.

meister Frank Füllbrunn im Haus des Handwerks. Es sei darum gegangen, wie in Pforzheim Jugendarbeitslosigkeit gesenkt und Infrastruktur gestärkt werden könne. Man habe sich rund zwei Stunden ausgetauscht und sei zu ersten Ergebnissen gelangt, heißt es in einer Pressemitteilung. Das Handwerk sei froh, Unterstützung zu erhalten und freue sich auch über das Format. Es sei schwierig Nachwuchs zu gewinnen und viele Jugendliche hätten Nachholbedarf, um eine Ausbildung meistern zu können. Gefragt seien mehr Anstrengungen vor allem im sprachlichen Bereich. Gewerbeflächen seien ein weiteres Anliegen. Konkret in Angriff nehmen könne man eine Image-Kampagne für das Handwerk, die Suche nach Patenten, um Jugendliche zu motivieren, und Veranstaltungen für junge Menschen. Man sei sich einig, dass ein Werkstattcamp nach Karlsruher Vorbild vor allem in finanzieller Hinsicht geprüft werde. Dabei gehe es darum, in den Sommerferien jungen Menschen zwei Wochen lang Handwerksberufe näherzubringen und Perspektiven aufzuzeigen. Der nächste Runde Tisch solle Anfang des kommenden Jahres folgen.

„Zu satt und selbstverliebt für Therapie“

Remstal-Abgeordneter Joachim Pfeiffer zeichnet ein düsteres Bild und teilt aus

Pforzheim (pec). „Steht die deutsche Wirtschaft vor dem Abschwung?“ Diese Frage hatte mit dem wirtschafts- und energiepolitischen Sprecher der CDU-Bundestagsfraktion, Joachim Pfeiffer, einen durchaus kompetenten Adressaten. Der Abgeordnete aus dem Remstal war Gast der Sektion Pforzheim des Wirtschaftsrats der CDU. Sprecher Georg Wellendorff ließ dem Publikum zarte Entenbrust servieren, bevor die die Ernüchterung kam: „Die Party ist vorbei“, meinte Pfeiffer nach zehn guten Jahren.

Diagnose und Therapie machte er an zehn Punkten fest, die teils schwer verdaulich wirkten. Nachdem die multilaterale Weltwirtschaft lange Zeit der Treiber der deutschen Wirtschaft war mit Exportquoten von bis zu 90 Prozent bei den Remstal-Firmen Kärcher und Stiehl, sei die Freihandelspolitik durch den USA-China-Konflikt in Gefahr. „Die EU muss jetzt eine Koalition der Willigen bilden“, rät Pfeiffer. Nach dem Abkommen mit Japan und den Mercosur-Staaten Südamerikas solle man sich nun den Asean-Staaten zuwenden. „Dort rennen wir offene Türen ein“, ist Pfeiffer überzeugt.

„Uns geht es zu gut“, glaubt der Christdemokrat. Satt und selbstverliebt wie wir seien. Überall gebe es Abwehr und Ausstieg, etwa Versuche, Stuttgart 21 aufzuhalten oder Neuansiedlungen von Gewerbe zu verhindern. Als Therapie will der CDU-Politiker eine „neue Aufbruchsstimmung“ verordnen. Die sei schon nötig wegen der Überregulierung, die bewegungsunfähig mache wie einst

CDU-Politiker will neue Aufbruchsstimmung

Gulliver durch die umspannenden Bindfäden. Als Beispiele nennt er Lenkzeiten-Vorschriften für Trucker sowie Planungen, die durch Naturschutz und Klagen ausgebremst würden. Auch das Verhalten von Bundesländern gegenüber Gesetzesvorhaben gilt Pfeiffer als schädlich. Er spöttelte über die SPD-Mitgliederbefragung und den plebiszitären Akt darin. Das führe die Demokratie ad absurdum. „Wir brauchen mehr Tempo“, beschwor Pfeiffer und wendete sich gegen mehr Bürgerentscheide: „Die Überdemokratisierung

führt in die falsche Richtung“, ist Pfeiffer überzeugt. Er favorisiere repräsentative Demokratie mit Abgeordneten, die für vier oder fünf Jahre gewählt sind.

„Unsere Region ist das Weltzentrum des Verbrennungsmotors, und mit der Elektromobilität sägen wir an dem Ast, auf dem wir sitzen“, sagt Pfeiffer, der den Grünen wegen Verbotsabsichten für den Verbrenner einen „abenteuerlichen Akt“ unterstellt. Statt alles auf E-Auto zu setzen, sollten sämtliche technischen Optionen, so auch die Brennstoffzelle offen gehalten werden. Klimaschutzgerate zur Ersatzreligion, ist Pfeiffer überzeugt. „Aber Hysterie ist in der Sache nicht zielführend“. Stattdessen brauche man klare Ziele, die mit wirtschaftlichen Instrumenten umzusetzen seien.

Weitere Forderungen Pfeiffers galten der Unternehmensteuerreform, einer Digitalisierung der Verwaltung und staatlicher Leistungen, einer europäischen Cloud-Infrastruktur und einem Wettbewerbsrecht mit Strukturen im Weltmaßstab. Der Nato-Beitrag müsse dringend auf zwei Prozent erhöht werden, um als zuverlässiger Partner zu gelten – und zugleich vom technologischen Fortschritt nicht abgehängt zu werden.



PERSPEKTIVEN der Wirtschaft skizzierte der Remstal-Abgeordnete Joachim Pfeiffer (vorne) beim CDU-Wirtschaftsrat. Foto: Peché